



Arbeitsgemeinschaft

Swissaid • Fastenopfer

Brot für alle • Helvetas

Caritas • Heks

Monbijoustrasse 31 • Postfach • CH-3001 Bern

Tel. +41 31 390 93 30 • Fax +41 31 390 93 31

mail@swisscoalition.ch • www.swisscoalition.ch

Medienkonferenz:

Nein zum Krieg gegen den Irak • Breites Bündnis in der Schweiz

Bern, 30. Januar 2003

Eine humanitäre Katastrophe verhindern

Von Jürg Krummenacher

Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft

Swissaid • Fastenopfer • Brot für alle • Helvetas • Caritas • Heks

Direktor Caritas Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren

Vielleicht überrascht es Sie, dass die Arbeitsgemeinschaft der grossen Hilfswerke zu einer Kundgebung aufruft. Wir befinden uns jedoch in einer dramatischen Lage. Die Situation im Nahen Osten ist äusserst gefährlich, ebenso die Aussenpolitik der amerikanischen Regierung. Wenn auf der ganzen Welt und in den USA Hunderttausende von Menschen gegen den Krieg demonstrieren, kann dies die Regierungen dazu bewegen, auf die USA einzuwirken. Dann gelingt es vielleicht, so hoffen wir, einen Krieg und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.

Von allen Argumenten, die für einen Krieg vorgebracht werden, mag am ehesten jenes einleuchten, es gelte, das irakische Volk von einer grausamen Diktatur zu befreien. Es ist allerdings auch das trügerischste Argument: Auf der Welt gibt es einige „irakische Bevölkerungen“, die zu befreien wären und die es begrüßen würden, wenn sie im Kampf gegen ihre Herrscher Unterstützung von demokratischen Mächten erhielten. Meistens sind solche Diktaturen aber mit der globalen Führungsmacht USA befreundet. Auch Saddam war ein Freund der USA, solange es darum ging, den Iran in Schranken zu halten. All diese starken Männer – Pol Pot, die Taliban oder eben Saddam – sind durch die Freundschaft, welche die USA und manche europäischen Länder ihnen boten, mächtiger geworden. Sie könnten sanfter und nachhaltiger als durch Krieg entmachteter werden – wenn zum Beispiel die Aussenpolitik der westlichen Mächte weniger durch die aggressive Wahrnehmung der eigenen, oft kurzfristig definierten Interessen diktiert würde. Leider ist aber dieser Zug der westlichen, insbesondere amerikanischen Aussenpolitik seit dem 11. September 2001 noch stärker geworden.

Nach 1989 hatten viele die Hoffnung, die Ära sei vorbei, wo jeder noch so bizarre „Feind des Feindes“ zum geostrategischen Freund mutiere. In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit rückte das Konzept der guten Regierungsführung

als Hauptbedingung für Entwicklungshilfe in den Vordergrund. Nach den Vorstellungen der Hilfswerke sollten Regierungen daran gemessen werden, welche Fortschritte sie im Hinblick auf die politischen und sozialen Rechte für ihre Bevölkerungen erzielten. Rückblickend müssen wir feststellen, dass diese Politik der *Good Governance* nur selektiv und oft opportunistisch umgesetzt wird. Am Konzept der guten Regierungsführung werden primär jene Länder gemessen, die weder für die USA noch die ehemaligen europäischen Kolonialmächte von Bedeutung sind. Andere kamen ungeschoren davon, auch wenn sie Menschenrechte missachteten, „geostrategisch“ oder ökonomisch aber nützlich waren. Schliesslich wurden ausgerechnet im Nahen Osten belastete Freunde aus der Zeit des Kalten Krieges weiter gehätschelt und eine ernsthafte Revision der Politik ihnen gegenüber nie erwogen.

Heute verfolgt die Bush-Regierung einen Krieg gegen den Terror mit einer zeitlich und geografisch unbegrenzten Kriegserklärung. Dadurch werden die wenigen Demokratisierungserfolge, welche die neunziger Jahre brachten, in Frage gestellt. Nun avancieren nicht nur die „anti-islamistischen“ Diktaturen Zentralasiens zu engen Verbündeten. Auch Staaten, die einige zaghafte demokratische Fortschritte erzielt haben, wie etwa die Philippinen oder Kolumbien, halten – mit amerikanischem Segen – eine militärische Lösung ihrer ungelösten sozialen oder ethnischen Probleme wieder für möglich und wünschenswert. Das wird die Demokratie in diesen Ländern erst recht untergraben.

Wir sind nicht nur gegen den Krieg, weil es dafür keine völkerrechtlichen Argumente gibt. Der Krieg wird auch zu einer humanitären Katastrophe im Irak führen. Ohnehin hat die irakische Bevölkerung seit mehr als zehn Jahren derart unter den Sanktionen zu leiden, so dass sie ihre Grundbedürfnisse auf Nahrung, Gesundheit und Bildung nicht befriedigen kann. Experten der Uno rechnen im Falle eines Angriffs mit 500 000 Verletzten und fünf Millionen Flüchtlingen. Der Ausfall der Wasserversorgung und der Kläranlagen wird Epidemien wie Cholera und Typhus auslösen. Durch die Bombardierungen wird aber auch die Infrastruktur des Landes zerstört: Strassen, Eisenbahnen, Brücken, Elektrizitätsversorgung usw.

Wir verstehen uns nicht als humanitäre Reparaturbetriebe, die Katastrophen lindern, weil die Politik versagt hat. Als Hilfswerke wollen wir einen Beitrag zu Frieden und Entwicklung leisten.